

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 01.11. 2011, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- Thomas Altenheimer
 - Jürgen Arnold
 - Moritz Arnold
 - Hans Bausch
 - Anneliese Bork
 - Alexander Fichtner
 - Michael Fischer
 - Sebastian Gebauer
 - Renate Geiselbrechtinger
 - Axel Globuschütz
 - Dr. Michaela Goll
 - Dieter Haggenmüller
 - Dirk Hansmann
 - Volker Heine
 - Timo Klös
 - Gisela Koch
 - Gudrun Lang
 - Harald Liebermann
 - Franziska Lodde
 - Hendrik Lodde
 - Antje Markgraf
 - Uwe Markgraf
 - Burkhard Nöh
 - Dr. Christof Schütz
 - Werner Schwarz
 - Matthias Spangenberg
 - Tim-Ole Steinberg
 - Eva Steinmetz
 - Gerhard Trinklein
 - Thomas Utschig (entschuldigt)
 - Fabian Wedemann
 - Wolfgang Weiß
 - Horst Weitze (entschuldigt)
 - Michael Wolter
 - Dr. Heinz-Lothar Worm
 - Metin Yildiz
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Dr. Lenz
 - Erster Stadtrat Jörg König
 - Stadtrat Norbert Arnold
 - Stadträtin Petra Braun
 - Stadtrat Wolfgang Gath
 - Stadtrat Reinhold Krapf
 - Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe
 - Stadtrat Manfred Leun
 - Stadträtin Inge Schimmel

- | | | |
|----|--------------------|---|
| d) | Verwaltung: | Hans-Ulrich Heymann
Johannes Leun |
| e) | Frauenbeauftragte: | Gudrun Größer |
| f) | Presse: | Herr Christoph Agel, Gießener Allgemeine
Herr Wießner, Gießener Anzeiger |
| g) | Zuhörer: | 8 |
| h) | Protokollführerin: | Renate Wolf |

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 6. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten und dem Lindener Anzeiger ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Zunächst begrüßt er die anwesenden Parlamentarier, den Magistrat, die Frauenbeauftragte, Frau Größer, den Revierförster, Herrn Sennstock, die Vertreter der Presse und die anwesenden Bürger der Stadt Linden. Sein besonderer Gruß gilt dem Ehrenstadtrat Herrn Dieter Lehr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungswünsche.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden Forst
Bebauungsplan Nr. 57 „In der Imsbach“ 1. Änderung
 - a) Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des B-Planes Nr. 57 „In der Imsbach“
 - b) Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 „In der Imsbach“ 1. Änderung
 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 020 /11/16 –
3. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt – 1. Änderung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/11/16 –
4. Grundsatzbeschluss zu Versiegelungsgrade bei unterschiedlichen Oberflächen und zukünftige Behandlung von Schmutzwasser aus Zisternen
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 019/11/16 –
5. Forsteinrichtung für den Stadtwald Linden im Forstamtsbereich Wettenberg
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 022/11/16 –
6. Wiederaufbau der TV-Turnhalle
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 017/11/16 –
7. Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2010
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 018/11/16 –
8. Veräußerung der Fläche Grundstück Gemarkung Großen-Linden, Flur 1, Nr. 1031/2
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 013/11/16 –
9. Besetzung des Ortsgerichts Linden II
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 012/11/16 –

10. Beschluss über die Verleihung einer Ehrenbezeichnung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 016/11/16 –
11. Einstufung des „Breiten Weges“ im Rahmen der Straßenbeitragssatzung
- gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FW –
12. Baugebiet „In der Tränke“
- Antrag der Fraktion B90/GRÜNE -
13. Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2011 und des Nachtragsplanes zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2011
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 023/11/16-
14. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1:

Berichterstattung durch den Magistrat

Kindergarten „Regenbogenland“

Aus 33 eingegangenen Bewerbungen wurden 5 ausgewählt, die den Anforderungen entsprechen. Diese Bewerber werden zu einem Abstimmungsgespräch geladen, das in der kommenden Woche stattfindet. Die Bewerber bekommen dann die Möglichkeit ein Angebot zu erstellen und die Bewerbung nochmals hinsichtlich der Vergabematrix anzupassen, wie z.B. zur Erreichbarkeit. Abgabefrist ist der 16. November. Danach wird sich der Magistrat in seiner Klausurtagung damit beschäftigen und die Vergabe beschließen.

Solarpark

Der offizielle Spatenstich für den Solarpark Linden fand in der vergangenen Woche statt. Derzeit werden 2500 Pfosten in die Erde gerammt, auf die dann mittels Gerüsten 8500 Solar-Module installiert werden. Noch vor den Weihnachtsfeiertagen soll die Anlage in Betrieb gehen. Innerhalb weniger Tage war das Kontingent der Energie-Sparkassenbriefe in Höhe von 800.000 € ausgeschöpft. Das Projekt konnte in einer „Rekordzeit“ auf den Weg gebracht werden, woran auch die Stadtverordnetenversammlung durch die Beschlüsse zum Bebauungsplan und zur Beteiligung der Stadt an die dafür gegründete Gesellschaft beigetragen hat.

Verwaltungsstreitverfahren

Ein Verwaltungsstreitverfahren gegen die Stadt Linden, dessen Grundlage ein im Jahre 2001 erzielter Vergleich war, wurde vor dem Verwaltungsgericht Gießen übereinstimmend als erledigt erklärt. Ziel der Antragsteller war es, eine weitere Verkehrsberuhigung für den Tannenweg zu erreichen, ggfs. durch eine Beschilderung „Anlieger frei“.

Verbesserung der Internetnutzung

Der Magistrat bemüht sich um die Erweiterung und Verbesserung der Internetbenutzung im Bereich „In der Imsbach“ und im Stadtzentrum. Zu dem Bereich Oberhof und Am Bergwerkswald werden noch Untersuchungen durchgeführt.

Aus der Presse war zu entnehmen, dass kritisiert wurde, dass sich die Gemeinde Heuchelheim und die Stadt Linden nicht der kreisweiten Aktion angeschlossen haben. Da die Stadt Linden im Großen und Ganzen ausreichend versorgt ist, während dies bei anderen Gemeinden nicht der Fall ist, bestand hierzu keine Notwendigkeit.

Geschwindigkeitsmessungen in der Hauptstraße

Vor einigen Wochen wurden in der Hauptstraße mit versteckter Kamera die Geschwindigkeiten vor dem Anwesen Radio Seipp gemessen. An diesem Tag waren in der Zeit von 07.06 – 9.43 Uhr in die eine Richtung 245 Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit bis 58 km/h unterwegs; lediglich ein Fahrzeug fuhr 59 – 60 km/h. Die weitere Messung geschah von 10.37 – 13.06 Uhr; hier waren 296 Fahrzeuge bis 58 km/h unterwegs.

Rad-/ Fußweg Leihgestern – Gießen entlang der L3120

Von dem Amt für Straßenverkehrswesen in Schotten wurde kürzlich mitgeteilt, dass die Hessische Landesregierung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes spürbare Einsparmaßnahmen getroffen hat. Dies betrifft unter anderem auch die Radwege-Maßnahme Leihgestern-Gießen. Der Baubeginn verschiebt sich aller Voraussicht nach in das Jahr 2013. Zum Stand des Baurechtsverfahrens wird mitgeteilt, dass die Entwurfsplanung fertig gestellt ist. Das Baurecht durch das so genannte Entfallen der Planfeststellung dürfte in Kürze vorliegen. Die planerischen und genehmigungsrechtlichen Vorleistungen sind somit nahezu vollständig geschaffen. Es bleibt zu hoffen, dass dann 2013 die Verwirklichung erfolgt.

Gedenkgottesdienste zum Volkstrauertag

Die Gedenkgottesdienste zum diesjährigen Volkstrauertag finden am Sonntag, dem 13. November statt, und zwar um 9.30 Uhr in der Evangelischen Kirche Großen-Linden und um 10.00 Uhr in der Evangelischen Kirche Leihgestern.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Verwaltungsstreitverfahren

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach dem Inhalt des genannten Vergleiches.

Bgm. Dr. Lenz teilt mit, dass es keinen Vergleich hierbei gegeben habe; jeder trage seine Kosten, die bei der Stadt Linden nur in Form von Personalkosten angefallen sind.

Kindergarten „Regenbogenland“

Stadtverordnete Lang möchte wissen, wonach die Vergabe durch den Magistrat erfolgen soll. Sind Vorgaben vorhanden, wonach die Beteiligten ihre Planungen ausrichten können (Gelände, Gebäude usw.).

Laut Bgm. Dr. Lenz erfolge dies nach den erarbeiteten Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnete Lang fragt nach, ob das Gebäude schon einmal zu sehen war und wer bestimmt, wer den Auftrag erhalten soll.

Laut Bgm. Dr. Lenz wurde das Gebäude schon einmal allen gezeigt und der Magistrat wird die Entscheidung treffen.

Stadtverordneter Spangenberg ist sich dieser Beschlusslage ebenfalls nicht bewusst.

Hierzu erklärt Bgm. Dr. Lenz, dass 2x öffentlich beraten wurde und auch die Eltern und Erzieherinnen einbezogen wurden. Danach erfolgte im Januar die Beschlussfassung durch das Parlament.

Stadtverordneter Spangenberg kann dies nicht nachvollziehen bittet um Zustellung der betreffenden Protokolle.

Stadtverordneter Dr. Schütz erinnert an die Eingabe seiner Fraktion.

Stadtverordneter Heine ergänzt, dass die Planer lediglich die Vorgaben Grundstück und Raumkonzept erhalten und ansonsten Freiraum eingeräumt werden solle.

Zu TOP 2:

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden Forst

Bebauungsplan Nr. 57 „In der Imsbach“ 1. Änderung

a) Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des B-Planes Nr. 57 „In der Imsbach“

b) Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 „In der Imsbach“ 1. Änderung

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 020 /11/16 -

Unter Hinweis auf § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) verlassen die Stadtverordneten Frau Dr. Goll, Frau Lodde und Herr Lodde den Sitzungssaal.

Bgm. Dr. Lenz erläutert noch einmal die wichtigsten Punkte der Änderung (Firstrichtung, Fußweg und Ausweisung von Gärten für die Anlieger).

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat sowohl zu Punkt a) als auch zu Punkt b) bei 2 Gegenstimmen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Markgraf fragt, ob es zutreffend sei, dass für die Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplans tatsächlich der RP Darmstadt zuständig sei und nicht der RP Gießen.

Laut Bgm. Dr. Lenz ist dafür der RP Gießen zuständig; die Vorlage wird entsprechend geändert.

Stadtverordneter Heine erläutert, warum seine Fraktion Zustimmung erteilt; allerdings hätte auch er sich bei der Ausweisung der Hausgärten eine ehrlichere Darstellung gewünscht.

Stadtverordnete Markgraf führt aus, dass ihre Fraktion der Änderung nicht umfänglich zustimmen kann. Es kann nicht sein, dass eine städtische Fläche unerlaubterweise zur Gartenbenutzung verwendet wurde und diese Personen ihr illegales Handeln jetzt durch diese Änderung legalisiert bekommen. Andere Bürger müssen für einen Garten teuer erwerben. Außerdem steht noch die Wasserrechtliche Genehmigung aus und auch aus naturschutzrechtlichen Aspekten wäre eine Pufferzone zur Wohnbebauung sinnvoll; diese Änderungen widersprechen dem Ganzen. Es sei auch keine Erklärung für diese Vorgehensweise, dass die Stadt Linden die Einhaltung der Auflagen, die sich aus dem ursprünglichen B-Plan ergeben, nicht überprüfen könne.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 020/11/16 ergibt sowohl zu Punkt a) als auch zu Punkt b) 25 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen.

Die Stadtverordneten Frau Dr. Goll, Frau Lodde und Herr Lodde nehmen wieder an der Sitzung teil.

Zu TOP 3:

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern

Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt – 1. Änderung

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/11/16 -

Bgm. Dr. Lenz führt aus, dass der ursprüngliche B-Plan, 1. Änderung nicht die gesamte von der Hess. Landgesellschaft angekaufte Fläche enthalten hat und daher soll der Geltungsbereich erweitert werden.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer möchte wissen, was er sich unter der die in der Vorlage erwähnte Optimierung des Erschließungskonzeptes vorstellen kann.

Laut Bgm. Dr. Lenz gibt es in diesem Baugebiet keine Durchgangsstraßen mehr, sondern eine Hufeisenförmige Erschließung.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 4:

Grundsatzbeschluss zu Versiegelungsgrade bei unterschiedlichen Oberflächen und zukünftige Behandlung von Schmutzwasser aus Zisternen

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 019/11/16 -

Bgm. Dr. Lenz berichtet, dass im Fachausschuss eine sehr interessante und länger Diskussion hierzu geführt wurde. Es ist nicht so leicht zu erklären, wie die Berechnung erfolgt. Man hat sich darauf geeinigt, dass anhand von Beispielen an städtischen Liegenschaften eine Berechnung durchgeführt werden soll.

Die Überfliegung ist abgeschlossen und dieser Beschluss ist jetzt notwendig, damit die Arbeiten zur Einführung der Niederschlagsgebühr weitergeführt werden können. Sollte sich dabei herausstellen, dass doch noch das ein oder andere zu ändern ist, kann dies jederzeit durch einen neuen Beschluss erfolgen. Die größten Veränderungen werden sich bei den Liegenschaften ergeben, die eine große versiegelte Fläche aufweisen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer gibt zu bedenken, dass hier ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll und eine spätere Änderung sicher schwieriger und kostensteigernder sein wird.

Bgm. Dr. Lenz entgegnet hierzu, dass die Stadtverordnetenversammlung immer Änderungen durch neue Beschlüsse vornehmen kann. Eine Änderung werde ggf. sicher nur durch das Einsetzen eines neuen Parameters erforderlich sein. Die genannten Daten wurden nicht vom Magistrat eingesetzt, sondern sind Erfahrungsdaten anderer Gemeinden, die die Niederschlagsgebühr bereits eingeführt haben.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 19/11/16 ergibt 33 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Zu TOP 5:

Forsteinrichtung für den Stadtwald Linden im Forstamtsbereich Wetttenberg

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 022/11/16 -

Bgm. Dr. Lenz dankt zunächst dem Forstamt und dem Revierförster Sennstock für die gute Zusammenarbeit. Hierzu hat eine ausführliche Bürgerinformationsveranstaltung stattgefunden und daher sollte die Beschlussfassung erfolgen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 022/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6:

Wiederaufbau der TV-Turnhalle

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 017/11/16 –

Bgm. Dr. Lenz betont, dass hier keine Verteuerung der Baumaßnahme eingetreten ist, sondern durch städtische Maßnahmen diese Mehrkosten entstehen. So soll z.B. das Kriegergässchen nicht wie ursprünglich geteert sondern gepflastert werden, da hier sehr viele Leitungen verlegt sind. Schäden an diesen Leitungen kann man aufgrund des Pflasters besser beheben. Die Küche wurde durch den Brand und Regen derart beschädigt, dass sie zu erneuern ist. Auch im Thekenbereich ist zwischen Getränke- und Essensausgabe eine Differenzierung vorzunehmen. Die Akustik wurde durch die Fa. Zörb kostenlos überprüft; auch hier sind einige Änderungen – Verwendung von neuerem Material - vorzunehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Bausch möchte wissen, ob die alte Küche versichert war und wenn nicht, wer dafür die Verantwortung trägt. Der Text der Beschlussvorlage sollte geändert werden, da diese Kosten nichts mit

dem Wiederaufbau der Halle zu tun haben. Auch hätten seiner Meinung nach die Architektenkosten damit nichts zu tun.

Bgm. Dr. Lenz stimmt den Ausführungen teilweise zu, das es mit dem eigentlichen Wiederaufbau nichts zu tun hat. Die Architektenkosten sind allerdings doch davon betroffen, da diese anzupassen sind, wenn anderes Material verwendet wird (Akustik) und auch für die Küche sind durch den Architekten die Planungen anzupassen. Die Versicherungslage wird derzeit überprüft.

Hier bittet Stadtverordneter Bausch gleich darauf zu achten, dass eine neue Küche entsprechend versichert wird. Es stellt sich auch die Frage, ob die neue Küche aus Holz oder aus Edelstahl sein soll.

Laut Bgm. Dr. Lenz muss die Küche nicht aus Edelstahl sein, da sie zuwenig benutzt wird (anders als in der Volkshalle Leihgestern).

Stadtverordneter Heine fragt nach, ob die Pflasterung des Kriegergässchens ebenfalls in den 60.000,00 € enthalten ist.

Dies wird von Bgm. Dr. Lenz bestätigt.

Stadtverordnete Lang erklärt, dass Gerüchte besagen, dass die Feuerwehr die Umkleideräume im Keller nicht annehmen.

Laut Bgm. Dr. Lenz müsse sie selber entscheiden, ob sie den Gerüchten glauben wolle oder hierzu doch lieber Herrn Hans Hermann Weiß befragen möchte.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart schlägt vor, dass in der Vorlage im Beschlussantrag anstelle des Wortes „für“ den Wiederaufbau ..., das Wort „durch“ eingesetzt wird. Dem wird zugestimmt.

Die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 17/11/16 wird bei 1 Gegenstimme mit Mehrheit beschlossen.

Zu TOP 7:

Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2010

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 018/11/16 –

Bgm. Dr. Lenz erklärt, dass die Stadt Linden 1989 einen weisen Entschluss gefasst hat, indem sie den Eigenbetrieb gegründet hat. Dadurch hat man einen guten Überblick, was verbraucht wird, aber auch was unseren Bürgern in Rechnung gestellt wird. Das prüfende Wirtschaftsbüro hat den Jahresabschluss 2010 (Jahresgewinn von 74.854,64 €) so wie in der Vorlage aufgeführt, testiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Dr. Schütz hat eine Nachfrage zu dem anhängenden Zahlenwerk; bei einer Überprüfung stimmen die Zahlen in der Addition nicht überein.

Bgm. Dr. Lenz kann diese Frage zufriedenstellend beantworten.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 17/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 8:

Veräußerung der Fläche Grundstück Gemarkung Großen-Linden, Flur 1, Nr. 1031/2

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 013/11/16 -

Stadtverordneter Heine verlässt unter Hinweis auf § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) den Sitzungssaal, da er im Vorstand der Genossenschaft ist.

Bgm. Dr. Lenz erklärt, dass die Baugenossenschaft die Anwesen im Bereich Mittelweg sanieren möchte, dazu gehören auch die Versorgungsleitungen und der jetzige Wendehammer, der sich allerdings im Besitz der Stadt befindet. Da die darin verlegten Versorgungsleitungen ebenfalls einer Erneuerung bedürfen, hat der Magistrat die Veräußerung der Fläche empfohlen; die Baugenossenschaft wird dann auch die Kosten für die Erneuerungen dieser Leitungen übernehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 013/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Stadtverordneter Heine nimmt wieder an der Sitzung teil.

Zu TOP 9:

Besetzung des Ortsgerichts Linden II

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 012/11/16 -

Bgm. Dr. Lenz teilt mit, dass die Amtszeit des bisherigen Schöffen abgelaufen ist und schlägt Stadtrat Manfred Leun als neuen Ortsgerichtsschöffen vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 012/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 10:

Beschluss über die Verleihung einer Ehrenbezeichnung

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 016/11/16 -

Bgm. Dr. Lenz führt aus, dass diese Ehrenbezeichnung ein kleines Dankeschön an all diejenigen ist, die so lange für die Kommune gearbeitet haben und daher soll sie dem Stadtrat Leun verliehen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 016/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 11

Einstufung des „Breiten Weges“ im Rahmen der Straßenbeitragssatzung

- gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FW –

Stadtverordneter Altenheimer bringt den Antrag ein und trägt die Begründung vor. Darin wird sich auf die 1995 erstmalig beschlossene Straßenbeitragssatzung der Stadt Linden bezogen. Mit diesem Beschluss wurde auch eine Anlage zur Klassifizierung der Straßen beschlossen. Diese sollte bei Bedarf geändert und ergänzt werden. Stadtverordneter Altenheimer erläutert, warum der Breite Weg insgesamt als innerörtliche Durchgangsstraße zu werten sei.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass seine Fraktion zwar auch schon erklärt habe, dass der Breite Weg als innerörtliche Durchgangsstraße einzustufen sei; allerdings könne man so dem Antrag nicht zustimmen. Gegenstand dieses Antrages ist die Änderung der Anlage der Straßenbeitragssatzung von 1995. Diese Anlage hat jedoch keine Gültigkeit mehr; im genannten § 3 der rechtskräftigen Straßenbeitragssatzung vom 06.06.2003 wird kein Bezug mehr darauf genommen. Diese Anlage wurde damals bewusst weggelassen, damit der Magistrat zeitnah die Einstufung festlegen kann.

Sollte jetzt eine Änderung vorgenommen werden, so müsste die Straßenbeitragssatzung insgesamt geändert werden; ansonsten ist so zu verfahren, wie am 17.12.2002 beschlossen – der Magistrat entschei-

det. In diesem Zusammenhang möchte Stadtverordneter Fischer wissen, wie es kommt, dass kurz nach Eingang dieses Antrages die bewusste Anlage wieder auf der Homepage der Stadt Linden eingestellt wurde; die ganze Zeit vorher war sie nicht veröffentlicht.

Stadtverordneter Altenheimer entgegnet hierzu, das er sich nicht mehr genau an die genaue Abfolge zur Änderung der Straßenbeitragssatzung erinnern könne und ob dies so gewesen sei, wie Stadtverordneter Fischer ausgeführt hat. Sollte dies zutreffen, wäre die Anlage natürlich gegenstandslos und man könne dem Magistrat nur anheim geben, so wie im Antrag zu verfahren.

Bgm. Dr. Lenz ergänzt, dass die Stadtverordnetenversammlung selbstverständlich das Recht habe, jederzeit neue Beschlüsse zu fassen.

Nach längerer Diskussion aller Fraktionen (wie kommt diese Anlage auf die Homepage, wer entscheidet über die Einstufung und nach welchen Kriterien usw.) wird sich darauf geeinigt, den Antrag wie folgt zu ändern:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Magistrat wird empfohlen, die Klassifizierung der Straße „Breiter Weg“ als innerörtliche Durchgangsstraße der Abrechnung nach der Straßenbeitragssatzung zu Grunde zu legen.“
(Die drei ursprünglichen Sätze werden gestrichen)

Die Abstimmung über den geänderten Antrag der Fraktionen CDU und FW hat folgendes Ergebnis: bei 1 Enthaltung mit Mehrheit angenommen.

Zu TOP 12:

Baugebiet „In der Tränke“

- Antrag der Fraktion B90/GRÜNE -

Stadtverordneter Heine bringt den Antrag ein und erläutert diesen; der Magistrat soll das betreffende Gelände zu einem angemessenen Preis erwerben und den Bürgern als Bauland zur Verfügung stellen.

Stadtverordneter Altenheimer führt aus, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen wird und gibt hierzu entsprechende Erklärungen ab. Unter anderem sind die 4 genannten Punkte in der Begründung durch die Veränderungssperre bereits abgedeckt. Das Grundstück befindet sich in der Insolvenzmasse und daher muss der Insolvenzverwalter natürlich versuchen so viel als möglich bei einem Verkauf herauszuschlagen. Würde die Stadt das Gelände erwerben, so müsse sie auch das Risiko mit dem Abbruch der Gebäude tragen. Außerdem sehe man bei den zurzeit vorhandenen Baugebieten „In der Imsbach“ und „Nördlich Breiter Weg“ keine Notwendigkeit, ein weiteres Baugebiet zu erschließen.

Stadtverordneter Heine möchte mit diesem Antrag sicherstellen, dass es später einmal nicht heißt, die Stadt habe hier versäumt Bauplätze auszuweisen.

Stadtverordneter Bausch schlägt vor, den Antrag in den Fachausschuss weiterzuleiten.

Auch Stadtverordneter Spangenberg hält diesen Vorschlag für sinnvoll. Das Ansinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist zwar sehr lobenswert und man teile auch die Meinung günstige Wohnbebauung zu realisieren, aber man müsse den Ausführungen des Stadtverordneten Altenheimer zustimmen. In der jetzigen Situation ist eine Realisierungschance nicht vorhanden.

Bgm. Dr. Lenz wird den Ankauftspreis beim Insolvenzverwalter erfragen.

Stadtverordneter Heine erklärt sich mit der Verweisung in den Bau- aber auch Haupt- und Finanzausschuss einverstanden.

Alle Fraktionen stimmen dem zu.

Zu TOP 13:

Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2011 und des Nachtragsplanes zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2011

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 023/11/16-

Bgm. Dr. Lenz erklärt hierzu, dass es keine Änderung der Hebesätze und Gebühren gegeben hat und nichts am Stellenplan geändert wurde. Allerdings habe man einige Steuern (Einkommenssteuer) weniger eingenommen; durch Erhöhung der Kreis- und Schulumlage habe man mehr an den Landkreis zu zahlen und damit wurde der ordentliche Ertrag der Stadt Linden geringer. Dieser konnte wieder durch den Verkauf von Baugrundstücken etwas erhöht werden und einige Investitionen wurden ins kommende Jahr verschoben. Es musste keine Kreditaufnahme erfolgen – man kann also sagen, dass die Stadt Linden (noch immer) gesund ist.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart dankt für die Einbringung des Nachtrages und nennt die Sitzungstermine der Ausschüsse: 05.12. gemeinsame Sitzung Bau und JSSK und am 06.12. Haupt- und Finanzausschuss.

Zu TOP 14:

Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Lärmschutzwand

Stadtverordneter Heine fragt nach, wann die 2 oder 3 noch vorhandenen Lücken geschlossen werden.

Hierzu erklärt Bgm. Dr. Lenz, dass man beim Lückenschluss L3475/Diesenbach abwarten werde, ob hier eine Autobahnerweiterung erfolgt; dann ist der Bund dafür zuständig. Die Stadt wird nur noch den Kleebachdurchlass schließen.

Lehrerparkplatz AFS

Stadtverordneter Bausch fragt nach, warum die Treppe in diesem Bereich derzeit gesperrt ist (zu glatt oder noch kein Geländer?).

Laut Bgm. Dr. Lenz wurde die Treppe aufgeraut; das noch fehlende Geländer wird in den nächsten Tagen geliefert und montiert.

Sitzungstermine für 2012

Stadtverordnetenvorsteher Burckart nennt die voraussichtlichen Termine:

31.01., 20.03., 15.05., 19.06., 21.08., 09.10., 20.11. und 11.12. 2012 sowie 29.01.2013

Beschallungsanlage

Stadtverordneter Gebauer bittet darum, auch bei den Ausschusssitzungen die Beschallungsanlage einzusetzen.

Park & Ride-Parkplätze Bahnhof

Stadtverordneter Lodde fragt nach, ob hier eine Erweiterung angedacht ist, da diese doch sehr stark frequentiert werden.

Dies ist laut Bgm. Dr. Lenz nicht erforderlich, da zum einen im Fun-Park genügend Parkmöglichkeiten vorhanden seien und außerdem in diesem Bereich aus Platzgründen keine Erweiterung möglich sei.

Namensberichtigung

Stadtverordneter Dr. Schütz weist darauf hin, dass im Protokoll der letzten Sitzung der Vor- und Nachnahme des Stadtverordneten Metin Yildiz vertauscht wurde und bittet um Berichtigung und künftige entsprechende Beachtung.

Öffentliche Termine

Stadtverordnete Lang bemängelt, dass man schon etliche Einladungen zu öffentlichen Terminen (hier Spatenstich Solarpark) zu kurzfristig bekomme und dieses bitte künftig unterlassen soll.

Laut Bgm. Dr. Lenz sei daran nicht die Stadtverwaltung schuld gewesen sondern das Unternehmen selber.

Parlamentarischer Abend:

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet um baldige Rückgabe der heute verteilten Einladungskarten. In diesem Zusammenhang bittet er auch noch einmal um Überprüfung der E-Mailadressen, da es immer wieder vorkommt, dass Unterlagen nicht zustellbar sind.

Parksituation Alternate-Wave

Stadtverordneter Hansmann fragt nach der Parksituation in diesem Bereich. Ein Anlieger, Herr Wedemann, Philipp-Reis-Straße 7, habe sich bereits im August darüber beschwert und bis heute noch keine Antwort erhalten. Danach habe er auch bei der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachgefragt.

Bgm. Dr. Lenz erklärt hierzu, dass dieser Bereich unter ständiger Überwachung durch den Hipo stehe und auch weiterhin stehen werde; allerdings könnten die genannten Situationen so nicht immer festgestellt werden.

Stadtverordneter Spangenberg fragt nach, ob derartige Anfragen und Antworten nicht generell an alle Stadtverordneten weitergeleitet werden könnten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart weiß nicht, wie dies bei der Vielzahl solcher Anfragen (Checkheft in den Lindener Nachrichten) durchführbar sein sollte und ob dies so rechtlich zulässig wäre.

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

R. Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

R. Wolf; Protokollführerin